Die Marokko-Verträge vor der Budgetkommission.

Schneller als man angenommen hat, ist die Budgetkommission in die eingehende Beratung der Marokko-Verträge eingetreten. Zunächst nahm Staatssekretär Delbrück das Wort, um die Debatte über die staatsrechtliche Seite der Frage, ob der Reichstag die Verträge bewilligen müsse oder nicht, abzukürzen. Der Staatssekretär führte etwa folgendes aus: Die Reichsleitung steht im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen auch nach erneuter Prüfung durchaus auf dem Standpunkt, das Marokko-Abkommen sei kein verschleierter Handelsvertrag, und bedürfe daher nicht der Zustimmung des Reichstages. Über die Algeciras-Akte habe der Reichstag seinerzeit irrtümlich wohl in zweiter, aber nicht in dritter Lesung abgestimmt. Auch das Kongo-Abkommen bedürfe staatsrechtlich nicht der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaft. Für diese Auffassung spreche sowohl der Standpunkt der Staatsrechtslehrer als auch die bisherige 30jährige Praxis. Anderseits habe die deutsche Kolonialpolitik eine Entwicklung in einer Richtung genommen, die eine

Änderung der Bestimmungen

wünschenswert erscheinen lasse. Die Reichsleitung wolle entgegenkommen und sich ebenfalls dafür aussprechen, daß Bundesrat und Reichstag zur Mitwirkung berufen würden. Unter den vorliegenden Anregungen erscheine der der Kommission überwiesene Antrag des Zentrums, das Schutzgebietsgesetz zu ändern, als der zweckmäßigste. Freilich müsse eine genaue Prüfung noch vorbehalten bleiben. — Im Anschluß daran erklärte Staatssekretär des Äußeren v. Kiderlen-Wächter, die Regierung werde vielleicht

eine Denkschrift

über die Verhandlungen veröffentlichen, wenngleich das Material nur knapp ist, da die Verhandlungen zum großen Teil mündlich geführt worden seien. Es entspinnt sich sodann eine heftige Debatte, an der sich Redner fast aller Parteien beteiligen und die zu dem Schluß kommen, das Abkommen hätte dem Reichstag zur Bewilligung vorgelegt werden müssen. Es wird mehrfach darauf hingewiesen, daß es ein Akt politischer Klugheit sein würde, wenn der Reichskanzler den Reichstag nachträglich um die Genehmigung ersuchte. Nur so könne

ein ernster Konflikt vermieden

werden. Demgegenüber erklärt Staatssekretär Delbrück noch einmal, der Bundesrat sei als solcher durchaus der Auffassung, daß nach dem geltenden Recht die Mitwirkung der gesetzgebenden Faktoren nicht erforderlich gewesen sei und daß die Reichsleitung korrekt gehandelt habe. Der nationalliberale Antrag, wonach die beiden Abkommen mit Frankreich der Zustimmung des Reichstages bedürfen, wünsche anscheinend einen Konfliktsfall, um die Regierung zu zwingen, den Reichstag nachträglich um seine Genehmigung zu ersuchen. Wozu? Wir halten es nicht für erforderlich. Das wäre nur dann angebracht, wenn man erklären könnte, die verbündeten Regierungen haben sich über die Bestimmungen der Verfassung hinweggesetzt. Aber

die Regierung hat im guten Glauben gehandelt

auf Grund einer dreißigjährigen Praxis. Keine Regierung kann unter solchen Umständen die Genehmigung einholen. Der Staatssekretär fügt hinzu, daß er persönlich derartige Dinge viel lieber mit dem Reichstag als ohne den Reichstag mache, weil er wisse, daß er mit dem Reichstag auskommen könne. Jetzt gehe es aber jedenfalls nicht an, daß die Regierung, die staatsrechtlich einwandsfrei gehandelt habe, nachgeben könne. Es sei doch sehr zu überlegen, ob es ratsam sei, im gegenwärtigen Augenblick einem Antrage zuzustimmen, der für die Vergangenheit und Gegenwart bedeutungslos sei und für die Zukunft einen Konflikt mit unabsehbaren Folgen herbeiführen könne.

* * *

Das Entgegenkommen des Bundesrats in der Frage der Zustimmung des Reichstages zu zukünftigen Veränderungen der Schutzgebietsgrenzen hat in der Budgetkommission des Reichstages die Gefahr eines Verfassungskonfliktes glücklich aus der Welt geschafft. In der Abstimmung wurde der von der Regierung gutgeheißene Antrag des Zentrums und der Fortschrittlichen Volkspartei einstimmig angenommen. Danach wird dem § 1 des Schutzgebietsgesetzes folgende Bestimmung hinzugefügt: „Zum Erwerb und zur Abtretung eines Schutzgebietes oder von Teilen eines solchen bedarf es eines Reichsgesetzes. Diese Vorschrift findet auf Grenzberichtigungen keine Anwendung!"

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Der Wunsch der Regierung, daß unsre Geschäftswelt nunmehr in Eintracht mit den Franzosen die wirtschaftliche Arbeit in Marokko aufnehmen möge, ist erfreulicherweise schon jetzt in einem wichtigen Falle in Erfüllung gegangen. Zwischen dem deutschen Marokko-Minensyndikat (Gebrüder Mannesmann) und der französischen Union des Mines ist nämlich ein Abkommen zur Zusammenlegung ihrer gesellschaftlichen Interessen in Marokko auf der Grundlage der Gleichberechtigung unterzeichnet worden. Beide Teile werfen ihre bergbaulichen Anrechte und Ansprüche in Marokko ein. In der neuen Gesellschaft sind die Brüder Mannesmann und die Union des Mines je mit 40 Prozent beteiligt. Zur Übernahme der restlichen 20 Prozent haben sich französische Banken bereit erklärt. — Das ist bereits ein beachtenswerter Erfolg der neuen Verträge.

*Das Kabinett des Grafen Podewils hat sich entschlossen, in dem Konflikt mit der Zentrumsmehrheit nicht nachzugeben, sondern den bayrischen Landtag aufzulösen. Als das Zentrum seinen Vorstoß gegen den Verkehrsminister v. Frauendorfer unternommen hatte, der mit sachlichen Anklagen wegen der angeblichen Begünstigung sozialdemokratischer Eisenbahnarbeiter begann und mit persönlichen Vorwürfen endete, da war wohl von einer Auflösung die Rede, dann aber hieß es, daß man mit Rücksicht auf die Gesundheit des Prinz-Regenten von dieser Maßregel absehen werde. Nun hat sich der Prinz-Regent diese Rücksichtnahme ausdrücklich verbeten. Daher beschloß Graf Podewils, an das Land zu appellieren.

Österreich-Ungarn.

*Die von der neuen österreichischen Regierung eingebrachten Vorlagen betr. die Branntwein- und die Biersteuer sind dazu bestimmt, in erster Linie die für die Regelung der Landesfinanzen erforderlichen Mehreinnahmen zu beschaffen. Der größte Teil der Mehreinnahmen soll demnach an die Kronländer überwiesen werden. Nachdem der Rückgang des Verbrauchs überwunden sein wird, kann mit einer Überweisung von 64 Millionen aus den Erträgen der Biersteuer gerechnet werden. Der Staatsschatz begnügt sich mit einer Mehreinnahme von etwa acht Millionen aus der Branntweinsteuer und von 5½ Millionen aus der Biersteuer. Der aus der Reform der Erbgebühren zu erwartende Netto-Mehrertrag wird auf rund 10 Millionen und der Ertrag der Schaumweinsteuer auf etwa 1 650 000 Kronen geschätzt.

Frankreich.

*Einen bemerkenswerten Sieg hat der Marineminister Delcassé in der Kammer gelegentlich der Besprechung der letzten Explosionen in der französischen Marine errungen. In längerer Rede wies Herr Delcassé darauf hin, daß Gründe der Selbsterhaltung die Regierung zwangen, die Schiffe schnell mit Pulver zu versehen, und erst jetzt könne man daran denken, die Pulvervorräte durch neue ungefährliche zu ersetzen. Der Minister erinnerte dann an die Flottenrevue vom 4. September (im Hafen von Toulon) und ein Jubelsturm durchbrauste das Haus, als der Minister mit deutlichem Hinweis auf die damals als besonders kritisch angesehenen deutsch-französischen Verhandlungen ausrief: „Ich habe dem Lande gezeigt, daß es eine wehrfähige Flotte besitzt. Ich habe in jenem wichtigen Augenblick dem Lande die Gewißheit verschafft, daß seine Ehre und seine Interessen verteidigt werden können." Die Kammer sprach nach kurzer Debatte der Regierung mit 402 gegen 98 Stimmen das Vertrauen aus.

Asien.

*Die Sorgen der Regierung in China haben sich jetzt noch vermehrt, weil die erhoffte Zeichnung einer Inlandsanleihe keinen Erfolg gehabt hat. Infolgedessen wird China diesmal die Monatszinsen für die deutsch-englische Anleihe des Jahres 1891 zum ersten Male nicht aufbringen können. Aber auch andre Sorgen drücken die bisherigen Machthaber in Peking. Juanschikai hat jetzt dem Regenten berichtet, daß die Revolutionäre darauf bestehen, nicht eher die Waffen niederzulegen, ehe nicht die Mandschu-Dynastie abgedankt hat. Ob man nun noch einmal den Versuch machen wird, der Revolution in offener Schlacht zu begegnen, erscheint zweifelhaft.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag erledigte am Dienstag die erste Lesung der Vorlage über die Ausgabe kleiner Aktien in den Konsulargerichtsbezirken und im Schutzgebiet Kiautschou. Die Vorlage begründete Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter. Das deutsche Aktiengesetz passe nicht für alle Länder mit andern rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Aber die Gefahr einer Beeinflussung der gesetzlichen Verhältnisse des Reichs sei von der Vorlage nicht zu befürchten. In der Debatte traten außer dem Zentrum und den Freikonservativen auch die Nationalliberalen und die Volkspartei für die Vorlage ein. Bekämpft wurde sie von einem Teil der Konservativen, von der Wirtschaftlichen Vereinigung und den Sozialdemokraten. Staatssekretär Lisco gab die Erklärung ab, die verbündeten Regierungen denken nicht daran, an der inländischen Aktiengesetzgebung irgendwie rütteln zu lassen. Die Vorlage ging an die Budgetkommission. Das Haus setzte die Besprechung der Interpellation über die Entlassung von Arbeitern der Reichseisenbahnen fort. Abg. Böhle (soz.) wiederholte den Vorwurf, die Eisenbahnverwaltung beschränke das Versammlungsrecht ihrer Arbeiter in unzulässiger Weise. Dies wies der preußische Eisenbahnminister v. Breitenbach zurück, indem er im einzelnen ausführte, daß die Eisenbahnverwaltung für ihre Arbeiter umfassender sorge als jeder andre Arbeitgeber. Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Spahn-Marburg (Zentr.) trat Vertagung ein.

Am 15. d. Mts. beginnt die zweite Lesung der Vorlage über die Erhebung von Schiffahrtsabgaben.

Berichterstatter Abg. Gerstenberger (Zentr.) gibt ein nochmaliges kurzes Bild der Kommissionsberatung.

Abg. Zehnter (Zentr.): Auf grundsätzliche Ablehnung stößt die Vorlage bei uns nicht. Ein Teil meiner Freunde macht freilich seine Zustimmung von der Gestaltung des Artikels 2 abhängig. Wir geben gern zu, daß der Entwurf in der Kommission verbessert worden ist. Zu Verbesserungen rechnen wir z. B. die Fortführung der

Kanalisierung des Rheines

von Straßburg bis Konstanz. Auch das fiskalische Interesse ist aus der Vorlage beseitigt; jetzt gilt es nur noch das Interesse künftiger Meliorationen. Wesentliche Änderungen an den Kommissionsbeschlüssen dürfen aber nicht mehr vorgenommen werden. Besonders dürfen in das Bauprogramm nicht weitere Flußläufe hineingezogen werden.

Abg. Kreth (kons.): Wir stimmen für die Kommissionsbeschlüsse. Eine Ausnahme machen nur unsre Freunde aus Sachsen, die befürchten, die Vorlage könne die Schiffahrtsverhältnisse ihrer Heimat schädigen. Die Mehrheit meiner Freunde hält das Schiffleln schon für jetzt reichlich bepackt, sodaß neue Wasserstraßen nicht hereinbezogen werden dürfen. Diese Mehrheit glaubt auch, daß der Entwurf in volkswirtschaftlicher Beziehung günstig wirken wird.

Abg. David (soz.): Willst du den Dichter recht verstehen, mußt du in Dichters Lande gehen! Der Gedanke der Schiffahrtsabgaben entstand im preußischen Abgeordnetenhause während der Kanalkampagne. Die Kanalfreunde wiesen vor allem darauf hin, daß der Rhein ein Einfallstor für Getreide sei. Diese Vorlage ist also lediglich ein neues Glied der agrarischen

Brotverteuerungspolitik.

Preußen arbeitet hier mit Zuckerbrot und Peitsche. Bayern wurde durch Zugeständnisse gewonnen und die Drohung mit der Peitsche war die Ankündigung, Preußen werde die Meliorationsarbeiten an den unteren Flußläufen einstellen. Mußten sich schließlich nicht Sachsen und Baden in die Öffentlichkeit flüchten? Die Aufhebung der Verkehrsfreiheit ist ein bedenklicher Rückschritt. Bis jetzt hat die Regierung in der Kommission auch noch nicht andeuten können, daß das Ausland seinen Widerstand aufgebe. Man sage aber nicht, die Ablehnung der Vorlage sei die Verhinderung mannigfacher Meliorationen. Diese Flußlaufverbesserungen sind doch bisher auch ermöglicht worden. Aber man will ja nur das Getreide verteuern. Versetzen Sie dem Volke nur noch einen Schlag mit der junkerlichen Peitsche ins Gesicht!

Preußischer Eisenbahnminister v. Breitenbach: Die Vorlage stand anfangs einem Teil von Zweifeln gegenüber. Aber die meisten Kommissionsmitglieder haben ihren Frieden mit dem Entwurf gemacht. Der Vorredner irrt, wenn er annimmt, die Schiffahrtsabgaben seien der preußischen Regierung aufgezwungen worden. Solange das Reich besteht, ist auch gefordert worden, die Kosten der Flußlaufmeliorationen durch Schiffahrtsabgaben aufzubringen, und die große wasserwirtschaftliche Vorlage in Preußen war nur ein geeigneter Anlaß, die Frage der Regelung näher zu führen. Da kann man nicht sagen, agrarische Gelüste und fiskalische Begehrlichkeit haben nach der Vorlage gerufen. Ich gebe zu, daß in der Übergangszeit zu weitgehende Hoffnungen auf eine Verstärkung des Schutzzolls rechneten. Heute ist davon still geworden und die vom Vorredner angeklagte Brotverteuerung ist

nichts als ein Schlagwort.

Was die internationalen Verträge angeht, so ist die vertragliche Tiefe der Elbe längst erreicht. Für den Rhein bestehen solche Verträge nicht. Trotzdem haben wir in Preußen in den letzten Jahren für den Rhein viele Millionen ausgegeben. Das Gesetz ist jetzt ein reines Meliorationsgesetz und bringt für weite Gebiete Deutschlands so große wirtschaftliche Vorteile, daß wir die Annahme des Gesetzes für selbstverständlich halten.

Abg. Hausmann (nat.-lib.): Wir stimmen für die Vorlage, falls sie nicht noch weiter belastet wird. Der Kommission ist zuzugeben, daß sie den Entwurf beträchtlich verbessert hat.

Abg. Gothein (fortschr. Vp.): Vor wenigen Tagen wurde Abg. Schulz, dem sterbenden Reichstage noch eine Verfassungsänderung zugemutet. Wo bleibt jetzt die Nutzanwendung? Jahrzehnte hat es gedauert, bis der Rhein abgabenfrei war. Und jetzt will man die Abgabenfreiheit wieder preisgeben. Mein moralisches Innere bäumt sich auf, wenn man sieht, wie hier

gegen die Reichsverfassung

verfahren worden ist. Für den Rhein werden Preußen pro Jahr etwa eine Million Mark aufbringen. Das rechtfertigt doch keine Schiffahrtsabgaben. Nur die Kosten des gesamten Wasserbaues rechtfertigen sie nicht. Immerhin glaubt ein Teil meiner Freunde, bei Ablehnung des Entwurfs werden wichtige Meliorationen ausbleiben, und deshalb stimmen sie für die Vorlage. Für die Mehrheit meiner Freunde aber bleibt der Entwurf ein kaudinisches Joch, aufgerichtet von Rittern und Heiligen.

Abg. Frhr. v. Gamp (freikons.): Es handelt sich um keine Verfassungsänderung. Der Vorredner kommt auch nur deshalb zu einem so apodiktischen Urteil, weil er alles Tun der Regierung mit tiefem Mißtrauen verfolgt. Meine Freunde werden in ihrer großen Mehrzahl für die Vorlage stimmen, wenn sie nicht weiter, z. B. nicht auf die Mosel ausgedehnt wird.

Abg. Hanisch (wirtsch. Vgg.): Die Vorlage bringt eine Schädigung der Binnenschiffahrt, wenn auch die Kommissionsbeschlüsse manchen Bedenken zerstreuen. Aber diese Verbesserungen können unsre ablehnende Haltung nicht beeinflussen.

Württembergischer Staatsminister v. Pischek: Einzelne Redner deuteten an, Württemberg habe zugestimmt, weil durch besondere Vorteile erkauft. Der Vorwurf ist unbegründet. Für uns waren die wirtschaftlichen und Verkehrsinteressen maßgebend. Was uns dringend nottut und was von Industrie und Landwirtschaft bei uns ersehnt wird, ist eine

leistungsfähige Wasserstraße,

wie sie nur durch die Neckarkanalisierung erreicht werden kann. Daß durch die Schiffahrtsabgaben die Getreidepreise steigen können, glauben wir nicht. Eher könnten die Getreidepreise fallen. Mit der Wendung „Brotverteuerungspolitik" werden alle nur zu viele ernsthafte Fische nicht gefangen werden. Der Entwurf bringt einen mächtigen Anstoß zur Ausgestaltung unsers Wasserstraßennetzes, namentlich im Süden.

Ministerialdirektor Peters: Das der Vorlage beigefügte Material ist einwandfrei. Die vorliegenden Abänderungsvorschläge bitte ich abzulehnen.

Das Haus vertagt sich.

Kindesliebe.

25] Roman von Rolf Cormans.

(Fortsetzung.)

„Verzeihen Sie, mein Fräulein, daß ich mir herausnehme, Sie zu unterbrechen. Ich habe keinen Anspruch auf Dank. Wenn Sie mir aber durchaus eine Erkenntlichkeit an den Tag legen wollen, so tun Sie es, indem Sie die Vergangenheit, soweit es sich um unsre einstige Bekanntschaft handelt, als etwas nie Gewesenes ansehen. Der Doktor Gernsdorff, dem Sie vor so und so viel Monaten irgendwo begegnet sind, ist tot. Vor Ihnen steht ein Strafgefangener, der weder Titel noch Namen, sondern einzig eine Zellennummer hat — ein Sträfling, dem man wahrscheinlich schon viel zu viel Ehre erwies, indem man ihm für einen bestimmten Fall gestattete, seinen einstigen Beruf auszuüben. Es ist unnötige Grausamkeit, einen Bettler an die Zeiten seines Reichtums, einen hoffnungslos Kranken an die Tage seiner Gesundheit zu erinnern."

Elses Lippen öffneten sich, als wollten sie lebhaft etwas erwidern, aber die finstere Miene des Mannes, der ihr herzliches Entgegenkommen so schroff zurückgewiesen, machte ihr die Lippen verschließen.

Erst nach einer unsäglich peinvollen Pause sagte sie:

„Wenn Sie also die Untersuchung vornehmen wollen — ich bin zu Ihrer Verfügung."

Leise zwar, doch mit fester Stimme und ohne jedes Zaudern antwortete sie ihm auf die Fragen, die den Grad des Sehvermögens feststellen sollten. Dann deutete Gernsdorff mit einer Handbewegung auf den Stuhl, den sie vorhin verlassen.

„Nun eine Beobachtung mit dem Augenspiegel noch — und wir sind zu Ende."

Sie setzte sich gehorsam nieder, aber in dem Moment, da die Art der Untersuchung ihn nötigte, sich ganz dicht zu ihr zu neigen, fragte sie:

„Wenn die Vergangenheit mit allem, was sie Ihnen und mir bedeutete, für Sie nicht mehr existiert, weshalb waren Sie dann neulich so vorsichtig darauf bedacht, mich über Ihre Person zu täuschen oder doch in Ungewißheit zu erhalten? Mußte es Ihnen da nicht ebenso gleichgültig sein, wie heute, ob ich Sie erkannte?"

„Nicht so ganz. Damals hing von einem raschen Eingreifen sehr viel für Sie ab, und wenn Sie meinen Beistand abgelehnt hätten, wäre es kaum möglich gewesen, noch rechtzeitig einen andern Arzt zur Stelle zu schaffen. Aber auch im Falle Ihrer Einwilligung hätte der Abscheu, den — wie ich voraussetzte — meine Annäherung in Ihnen hervorrufen mußte, leicht nachteilig auf den Verlauf der Operation und des ganzen Krankheitsprozesses einwirken können. Sie sehen, der scheinbare Widerspruch löst sich einfach genug."

„Und wie kamen Sie dazu, eine Ablehnung zu fürchten oder irgend welchen Abscheu bei mir vorauszusetzen? Fühlen Sie denn nicht, Herr Doktor, wie weh Sie mir tun, indem Sie solche Worte sprechen?"

„Nein! Denn mich dünkt, daß solche Empfindungen nur natürlich gewesen wären. Es ist doch wahrhaftig nicht jedermanns Sache, sich von einem Zuchthäusler behandeln zu lassen."

„Welche Bedeutung hat es für mich, was Ihr Wille und die Torheit der Menschen aus Ihnen gemacht haben. Was kümmert mich das Märchen von Ihrer Schuld? Ich weiß, daß Sie an diesem angeblichen Verbrechen so wenig teil haben, wie ich selbst."

Gernsdorff mußte die Hand mit dem Spiegel sinken lassen. In einem eisigen Erschauern war sein Körper erzittert und nun strömte ihm siedend heiß alles Blut zum Herzen.

„Fräulein Else! Ich beschwöre Sie: Was wissen Sie? Was können Sie wissen? Sie — Sie glauben nicht an meine Schuld?"

„Muß ich Ihnen darauf erst noch antworten? Hielten Sie mich wirklich für so schlecht, daß ich daran glauben könnte? — Ah, dann freilich lerne ich Ihr heutiges Benehmen verstehen."

Was waren ihm in diesem Augenblick alle seine heroisch erkämpften Vorsätze, was waren ihm die Erwartungen, die der Zuchthausdirektor und der kleine Doktor Krüdener so vertrauensvoll auf ihn gesetzt?! Wie Spreu vor dem Winde war alles verflogen, und in seiner Seele war nur noch Raum für eine einzige, übermächtige Empfindung — für die Empfindung einer namenlosen, unfaßbaren, unaussprechlichen Glückseligkeit.

„Sie glauben an mich, Else, und Sie haben niemals an mir gezweifelt?"

„Niemals!"

Ihre Augen sagten es noch überzeugender als ihre Lippen. Walter Gernsdorff aber schämte sich der heißen Freudentränen nicht, die er an seinen Wimpern zittern und über seine Wangen rinnen fühlte.

„Und woher — woher haben Sie dies wunderbare Vertrauen genommen? Hat man Ihnen denn nicht gesagt, daß ich als ein geständiger Verbrecher verurteilt worden bin?"

Sie nickte bejahend, aber ihre Lippen lächelten so bezaubernd süß, daß alle Pforten des Himmels sich vor dem Glücklichen erschlossen.

„Wäre es denn ein wahres Vertrauen gewesen, das sich dadurch hätte erschüttern lassen? Sie haben eben Ihre Gründe gehabt, so und nicht anders zu handeln. Eines Tages, dessen bin ich gewiß, wird alle Welt diese Gründe erfahren. Und dann, wenn die andern vor Beschämung vergehen, werde ich stolz darauf sein, daß ich soviel klüger gewesen bin, als sie."

Doktor Gernsdorffs Stuhl stürzte polternd um, denn der Gefangene in dem grauen Sträflingskittel hatte sich vor seiner holden Patientin in die Knie geworfen und sein brennendes Antlitz in die Falten ihres Kleides gepreßt.

„O du Herrliche, Einzige, Geliebte!" Das war alles, was in halberstickten Lauten über seine Lippen kam. Da fühlte er an einem plötzlichen Erzittern ihrer schlanken Glieder, daß sie von jähem Schrecken durchzuckt wurde, und in dem nämlichen Augenblick schon schlug ein wutheiserer Aufschrei an sein Ohr.

Er sprang auf und starrte aschfahlen Gesichtes nach der Tür, wo sich Doktor Krüdener mit dem Aufgebot seiner ganzen Kraft bemühte, den Zuchthausdirektor zurückzuhalten, der mit geballten Fäusten auf den Sträfling stürzen wollte